

Interfraktionelle Motion SVP/JSVP, FDP mit SD und ARP (Simon Glauser, SVP/Philippe Müller, FDP/Dieter Beyeler, SD/Ernst Stauffer, ARP): Massnahmenkatalog Grundsatzpapier Sozialhilfe: Marschhalt einlegen!

An der Pressekonferenz vom 10. März 2008 hat BSS-Direktorin Edith Olibet den Massnahmenkatalog zum Grundsatzpapier Sozialhilfe der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin enthalten sind verschiedene Massnahmen in den Bereichen „Internes Kontrollsystem IKS“, „Datenaustausch“ und „Kommunikation“. Die Umsetzung der Mehrheit dieser Massnahmen soll gemäss Gemeinderatsbeschluss vom 27. Februar 2008 nun bereits „per sofort“ oder aber in Kürze erfolgen.

Die SVP/JSVP-Fraktion stellt sich weder inhaltlich noch grundsätzlich gegen die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen, im Gegenteil, entsprechen doch zahlreiche dieser Massnahmen bereits gestellten Forderungen der unterzeichnenden Fraktionen. Mühe haben die Fraktionen jedoch mit dem ungestümen und teils überstürzten Vorgehen bei deren Umsetzung. Steht dies doch in auffälligem Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise, die vielmehr auf „Wegschauen“, „Probleme herunterspielen“ und „schönreden“ ausgerichtet war. Bereits ab 1. Mai 2008 sollen beispielweise im Rahmen des GEF-Pilotprojekts erste Sozialinspektoren angestellt und eingesetzt werden – dies nur wenige Monate nachdem eine solche Massnahme als „DDR-Methode“ verunglimpft wurde.

Obwohl die von der Kommission für Soziales, Bildung und Kultur (SBK) eingesetzte Arbeitsgruppe „Sozialhilfe“ nach eingehender und sorgfältiger Arbeit in den nächsten Wochen ihren Bericht in der Kommission vorstellen wird, möchte der Gemeinderat bereits jetzt zahlreiche Massnahmen umgesetzt sehen. Aus der Sicht der Unterzeichner dieser Motion ist dieses Vorgehen falsch und zeugt von einem mangelnden Einfühlungsvermögen gegenüber der Kommissionsarbeit sowie dem Stadtparlament selbst.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, für alle im Katalog aufgeführten Massnahmen einen Marschhalt einzulegen und die abschliessende Arbeit der SBK abzuwarten, um nicht deren Massnahmen allenfalls zu präjudizieren.

Begründung der Dringlichkeit:

Zahlreiche im Katalog aufgeführte Massnahmen sollen per sofort umgesetzt werden. So ist zum Beispiel vorgesehen das erste Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in den Bereichen Sozialrevisorat sowie Sozialinspektorat ihre Arbeit bereits am 1. Mai aufnehmen sollen.

Bern, 27. März 2008

Interfraktionelle Motion SVP/JSVP, FDP mit SD und ARP (Simon Glauser, SVP/Philippe Müller, FDP/Dieter Beyeler, SD/Ernst Stauffer, ARP), Roland Jakob, Thomas Weil, Ueli Jaisli, Bernhard Eicher, Rudolf Friedli, Ueli Haudenschild, Beat Schori, Manfred Blaser, Pascal Rub, Lydia Riesen-Welz, Yves Seydoux, Peter Bernasconi, Dolores Dana, Erich J. Hess, Anastasia Falkner, Karin Feuz-Ramseyer

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat lehnt den gewünschten Marschhalt bei der Umsetzung des Massnahmenpakets zur Sozialhilfe aus folgenden Gründen ab:

- Aufgrund des vorgelegten Berichts der Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) zum Grundlagenpapier Sozialhilfe vom 13. September 2007 hat der Gemeinderat Handlungsbedarf im Bereich der Kontrolle Sozialhilfe festgestellt und mit Beschluss vom 27. Februar 2008 die rasche Umsetzung der kurzfristigen Massnahmen sowie Berichterstattung bis November 2008 beschlossen.
- Dieses rasche Handeln entspricht auch der erklärten Zielsetzung zahlreicher parlamentarischer Vorstösse, die in den letzten Monaten eingereicht wurden, und soll dazu beitragen, das Vertrauen in die Arbeit des Sozialdiensts wieder herzustellen.
- Die Beteiligung am kantonalen Pilotprojekt zur Bekämpfung des Missbrauchs in der Sozialhilfe insbesondere durch Einsetzung von Sozialinspektoren bedingt eine umgehende Umsetzung der beschlossenen Massnahmen, damit auf Ende Jahr erste Ergebnisse vorgelegt werden können.
- Die beschlossenen Massnahmen im Rahmen des Umsetzungsberichts vom 27. Februar 2008 liegen im Kompetenz- und Aufgabenbereich des Gemeinderats.

Die rasche Umsetzung der Massnahmen erfordert einen hohen Einsatz der Verwaltung, der teilweise nur mit externer Hilfe bewältigt werden kann. Dabei müssen Prioritäten gesetzt werden. Die Aufteilung in kurz- und mittelfristige Massnahmen – letztere werden erst ab 2009 an die Hand genommen – ermöglicht aber eine zweckmässige Etappierung der geplanten Umsetzung. Auch von daher ist es gewährleistet, dass der angekündigte Bericht des SBK-Ausschusses resp. der SBK und die darin enthaltenen Empfehlungen und Erkenntnisse im Umsetzungsprogramm berücksichtigt werden können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 7. Mai 2008

Der Gemeinderat